

Fachtagung 11.6.2012: „Housing First“ – ein vielversprechender Ansatz zur Überwindung von Wohnungslosigkeit

Andrea Josefi (Soziale Beratungsstelle Hamburg Mitte)
Housing First: Kommentar aus der Perspektive der Wohnungslosenhilfe

Tja, her mit den Wohnungen und los geht's.

Nein, im Ernst. Es ist ja nicht so, dass das Rad immer wieder neu erfunden werden muss.

Ursprünglich wurde davon ausgegangen, dass wohnungslose Menschen ihre Lebenssituation grundsätzlich selbst verschuldet hatten und zunächst eine Veränderung der Person, ihres Verhaltens, ihrer Strukturen, also eine Anpassung an die damaligen gesellschaftlichen Normen zu erfolgen hatte, um wieder ein „normales“ Leben in einer eigenen Wohnung führen zu können.

Dafür wurden u.a. die entsprechenden stationären Einrichtungen geschaffen, um die Wohnungslosen zu läutern.

Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre begann ein Umdenken in der Wohnungslosenhilfe. Wohnungslosigkeit wurde vor allem als ein Armutproblem erkannt und definiert. Es sollte zunächst einmal die Wohnungslosigkeit beseitigt werden, dann würde sich schon alles regulieren. Diese Überspitzung war notwendig um sich gegen die tradierten Hardliner durchzusetzen.

Nun wissen wir, schwarz oder weiß hat noch nie gestimmt und die Mischung macht's.

Schwarz oder weiß ist auch bei Housing First versus Stufenmodell nicht angebracht (so viele Stufen wie im Schaubild halte ich allerdings für gänzlich unangebracht).

Es wird immer Menschen geben, die vielleicht zunächst einen geschützten Raum mit Versorgung und ganz kurzen Wegen wünschen oder benötigen, um wieder zu Kräften und zu Mut zu kommen, um den Schritt in die eigene Wohnung gehen zu wollen und zu können. Unstrittig ist, dass Obdach- und Wohnungslosigkeit persönliche Problemlagen entstehen, sich verstärken und manifestieren lässt.

Nun zu Hamburg

Mitte der achtziger Jahre wurde in Hamburg die Ambulantisierung der Wohnungslosenhilfe intensiv vorangetrieben, indem in jedem Bezirk die Sozialen Beratungsstellen aufgebaut wurden.

Der Wohnungsmarkt war sehr entspannt. Innerhalb von 3 Monaten konnte in der Regel eine Wohnung mit regulärem Mietvertrag angemietet werden.

Besonderheit des Konzeptes war die weitere Unterstützung im Rahmen der heutigen 67er Hilfe in Wohnraum. Es war klar, dass viele Probleme erst nach Bezug einer Wohnung zutage treten würden wie z.B. die Verschuldung, weil es wieder eine Meldeadresse gab.

Ansatzweise hatte dieses Konzept etwas von Housing First.

Ein großer Unterschied war allerdings die Komm-Struktur in der Hilfe. Die Obdachlosen mussten die Beratungsstelle aufsuchen um Unterstützung zu erhalten, sowohl bei der Wohnungssuche als auch nach Wohnungsbezug zur Inanspruchnahme weiterer Hilfe. Auch der Personenkreis hatte eine andere Zusammensetzung. Er reichte von erst kurzzeitig wohnungslos bis zu langjährig Obdachlosen mit Mehrfachproblematiken. Aber der Wohnungsmarkt war, wie gesagt, entspannt und über Wohnfähigkeit wurde kaum oder nicht gesprochen.

Es gibt meiner Ansicht nach einen direkten Zusammenhang zwischen „Wohnfähigkeit“ von Menschen und dem Wohnungsmarkt. Je angespannter der Markt desto intensiver die Diskussion um die „Wohnfähigkeit“ von obdachlosen Menschen. Desto mehr Alternativlösungen werden gesucht, damit Menschen nicht auf der Straße bleiben müssen. So ist es zumindest in Hamburg.

Und jetzt kommen wir zum Totschlagargument Nummer 1:

In Hamburg wurde der soziale Wohnungsbau jahrelang gen Null gefahren. Immer mehr Wohnungen fielen aus der Sozialen Bindung. Der Markt wurde immer kleiner. Zwar versucht die jetzige Regierung hier gegenzusteuern und den Bau von Sozialwohnungen wieder voranzutreiben, aber es wird nicht leichter. Da haben wir auf der einen Seite die Bürgerbegehren, die sich, berechtigter- und unberechtigterweise, gegen Wohnungsbau zur Wehr setzen.

Da haben wir auf der anderen Seite Investoren, die Grundstücke mit der Maßgabe erhalten, sozialen Wohnungsbau zu erstellen und plötzlich feststellen, die Kosten seien zu hoch und es rechne sich nur noch hochpreisiger Wohnraum.

Da müssen wir lesen (Hamburger Abendblatt vom 5.6.12), dass Genossenschaften, die sich früher der Schaffung preiswerten Wohnraumes für ihre Mitglieder verschrieben haben, heute aufgrund der Veränderungen in der Mitgliederstruktur lieber freifinanzierte Wohnungen mit größerer Quadratmeterzahl bauen. Genossenschaften fühlen sich weniger dem Gemeinwohl denn ihren finanzkräftiger gewordenen Mitgliedern verpflichtet. Vielleicht hätte man den Genossenschaften die Gemeinnützigkeit nicht absprechen sollen, dann hätte man heute eventuell mehr Möglichkeiten, sie in die Pflicht zu nehmen.

Es werden immer mal wieder kleine Modelle zur Beschaffung von Wohnraum geschaffen, wie z.B. finanzielle Mittel zum Kauf von Belegungsbindungen. Zu wenig, nur für ganz spezielle Personengruppen und scheinbar wenig interessant für Wohnungsgeber wie das mühsame Geschäft der Wohnungssuche zeigt.

Erfolgreiche Modelle, wie der Wohnungsbau für Obdachlose Mitte der neunziger Jahre, wurden nicht fortgeführt.

Hier bezogen wohnungslose Haushalte Wohnraum mit regulärem Mietvertrag. Sie verpflichteten sich zwar für ein halbes Jahr zur Zusammenarbeit mit den jeweiligen sozialen Diensten die sie vermittelt hatten, bei einem Abbruch der Zusammenarbeit waren der Mietvertrag und damit die Wohnung aber nicht gefährdet.

Dieses Modell entsprach wohl am ehesten einer Mischung aus Typ 2 „Konzentrierte Versorgung in Wohnblöcken“ und dem Typ 3 also „housing first light“.

Die soziale Unterstützung durch soziale Dienste erfolgte aber auch hier durch eine überwiegende „Komm-Struktur“ und war zeitlich begrenzt. Nach Ablauf der zeitlichen

Befristung fühlten sich viele Dienste bei auftretenden Schwierigkeiten nicht mehr zuständig. Es fehlten die Ressourcen für weitere aufsuchende Angebote.

Um einen langfristigen Verbleib in Wohnraum für Menschen mit Multiproblemlagen zu sichern, bedarf es häufiger langfristiger Unterstützung. Dies ist einerseits ersichtlich aus dem Vortrag, zum anderen haben z.B. die Sozialen Beratungsstellen langjährige Erfahrungen im Bereich Prävention und die stationären Einrichtungen in der nachgehenden Hilfe.

Haushalte, die drohten ihre Wohnung aufgrund von Mietschulden zu verlieren und von den bezirklichen Fachstellen für Wohnungsnotfälle im Rahmen der Wohnungssicherung an die Beratungsstellen verwiesen wurden, weil weitreichendere Hilfen notwendig waren, benötigen häufig mehrere Jahre bis zu dauerhafter Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Probleme.

Das Hilfeangebot ist gebunden an eine Bewilligung durch die Fachstellen und vom Grundsatz her zeitlich begrenzt. Die zeitliche Begrenzung der Hilfe führt in nicht unwesentlicher Zahl zu „Wiederholungsfällen“ bei Mietschulden.

Das Hilfeangebot zeichnet sich aber auch hier vorrangig durch eine Komm-Struktur aus und die Teams setzen sich, bis auf die Verwaltung, aus Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zusammen.

Insgesamt ist die Wohnungslosenhilfe in Hamburg von einer Komm-Struktur geprägt. Selbst die Straßensozialarbeit ist darauf angewiesen, durch eine Anbindung an das Hilfesystem die weitere Unterstützung von Hilfesuchenden dann durch eine Komm-Struktur abzudecken.

Es wäre spannend daran zu arbeiten, wie ein „Umbau“ der Hilfeangebote in eine „Geh-Struktur“ umzusetzen ist. Ein Team mit mehreren Professionen würde an einem „Fall“ arbeiten. Sie bedarf enger und schneller Kommunikationsstrukturen. Sie ist zeitintensiver und benötigt mehr Equipment.

Solange Kosten immer pro Leistungsgebiet und nicht gesamtgesellschaftlich betrachtet werden, ist es teurer, die Angebote in der Geh-Struktur vorzuhalten. Die Senkung der Folgekosten ist erst langfristig spürbar.

Die Sozialen Beratungsstellen böten eine gute Grundlage zum Ausbau der Hilfeangebote in Wohnraum in Hinblick auf das Konzept von Housing First.

Das Angebot könnte ergänzt werden durch Schaffung interdisziplinärer Teams. Nicht jede Unterstützung in Wohnraum muss von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern abgedeckt werden. Andere Professionen sind je nach Problemanzeige manchmal sicher geeigneter. Ich würde interdisziplinär besetzte Teams gegenüber Kooperationsvereinbarungen verschiedener Einrichtungen bevorzugen. Es gibt weniger Reibungsverluste, z.B. wer gibt wem einen Auftrag.

Die starre Bewilligungspraxis von Hilfen müsste verändert werden. Auch die Finanzierung aus den bisher sehr starren Haushaltstöpfen der Stadt müsste flexibler gestaltet werden.

Um den Ansatz „Housing First“ egal welchen Typs umzusetzen, bedarf es also vieler Akteure: Wohnungsgeber, freie Träger, BASFI, BSU und nicht zuletzt oder vielleicht vor allem der Kolleginnen und Kollegen in der Wohnungslosenhilfe.

Die Frage ist: Wer macht den Anfang? Sicher nicht die Wohnungswirtschaft.